12. WTO-Ministerkonferenz erzielt entscheidende Ergebnisse bei Fischereisubventionen, der Reaktion auf die Pandemie, der WTO-Reform, der Ernährungssicherheit und dem elektronischem Geschäftsverkehr

Brüssel, 17. Juni 2022

Vor dem Hintergrund verschärfter globaler Handelsspannungen und einer Nahrungsmittelkrise infolge des unbegründeten Einmarsches Russlands in die Ukraine begrüßt die EU die Ergebnisse, die auf der heute abgeschlossenen 12. Ministerkonferenz der WTO bei wichtigen Themen erreicht wurden. Die Handelsministerinnen und -minister der 164 Mitgliedsorganisationen kamen zum ersten Mal seit fast fünf Jahren zusammen, da die Konferenz wegen der Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zweimal verschoben wurde.

Die Mitglieder einigten sich auf ein bedeutsames multilaterales Übereinkommen zur Beendigung schädlicher Fischereisubventionen sowie auf spezifische nächste Schritte zur WTO-Reform, einschließlich der Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen Streitbeilegungsfunktion für die Organisation. Ferner wurde eine Erklärung über die Reaktion auf die Pandemie und die künftige Vorsorge zusammen mit einer Befreiung von bestimmten Verpflichtungen zum Schutz des geistigen Eigentums bei COVID-19-Impfstoffen vereinbart. In einer gemeinsamen Reaktion auf die derzeitige dramatische Ernährungslage infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine kamen die WTO-Mitglieder überein, bei Ausfuhrbeschränkungen Zurückhaltung zu üben und humanitäre Aufkäufe im Rahmen des Welternährungsprogramms von solchen Beschränkungen auszunehmen. Schließlich wurde eine Übereinkunft darüber erzielt, das Moratorium bei den Einfuhrzöllen im elektronischen Handel bis zur nächsten WTO-Ministerkonferenz zu verlängern.

Auf Initiative der EU bekundeten einige Mitglieder erneut ihre Solidarität mit der Ukraine. Die EU brachte auch eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels auf den Weg.

Der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission und für Handel zuständige Kommissar Valdis **Dombrovskis** erklärte dazu: *„Trotz beispielloser Herausforderungen wurden auf dieser WTO-Ministerkonferenz wichtige Ergebnisse von weltweiter Tragweite erreicht. Wir haben gezeigt, dass wir auf drängende Probleme wie die sich abzeichnende Nahrungsmittelkrise und die Pandemie reagieren können. Zur Förderung der Nachhaltigkeit konnte ein historisches Übereinkommen über das Verbot schädlicher Fischereisubventionen abgeschlossen werden. Wir haben das Moratorium bei Einfuhrzöllen für den elektronischen Handel aufrechterhalten, das für KMU und den digitalen Wandel von entscheidender Bedeutung war. Die EU stand auch an der Spitze einer großen Solidaritätsveranstaltung für die Ukraine. Wir haben in den vergangenen fünf Tagen große Anstrengungen unternommen, um tiefe Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Wir haben uns jedoch auch darauf geeinigt, dass eine gründliche Reform der Organisation in all ihren Kernfunktionen dringend notwendig ist. Letztlich geht es darum, das Vertrauen und den politischen Rückhalt aller Mitglieder wiederzugewinnen und das auf Regeln beruhende multilaterale Handelssystem mit einer reformierten WTO als Herzstück aufrechtzuerhalten. Wir werden die Arbeit daran unverzüglich beginnen.*"

Der Kommissar für Landwirtschaft, **Janusz Wojciechowski**, sagte: *„Die Annahme der Erklärung zur Ernährungssicherheit und des Beschlusses zur Unterstützung des Welternährungsprogramms zeigen, dass die WTO rechtzeitig auf die aktuellen Herausforderungen reagieren kann. Diese multilaterale Erklärung ist ein starkes Signal an die Welt. Die Auseinandersetzung mit den Bedenken hinsichtlich der Ernährungssicherheit war in der Tat eine der Hauptprioritäten der EU im Rahmen der 12. Ministerkonferenz. Obwohl bei dieser Konferenz keine weiteren Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt werden konnten, ist die EU nach wie vor entschlossen, die Arbeit an der Landwirtschaftsreform nach der 12. Ministerkonferenz fortzusetzen. Der Schwerpunkt muss insbesondere auf handelsverzerrenden Maßnahmen liegen, für deren Beseitigung der WTO eine entscheidende Rolle zukommt.*"

Die Mitglieder kamen überein, die nächste Ministerkonferenz (MC 13) frühestens im Dezember 2023 und spätestens im März 2024 einzuberufen. Konkrete Ergebnisse der 12. Ministerkonferenz:

Fischerei

Es wurde ein sinnvolles Übereinkommen geschlossen, das zum Schutz der Ozeane beiträgt. Das Übereinkommen über schädliche Fischereisubventionen entspricht dem UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 14.6. Es beinhaltet ein entschiedenes Verbot von Subventionen, die zur illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei beitragen, mit bisher nicht dagewesenen Transparenzbestimmungen. Es umfasst zweitens ein absolutes Verbot von Subventionen für die unregulierte Hochseefischerei. Für die anfälligsten Gebiete ohne eingeführte koordinierte Fischereibewirtschaftung ist dies eine wegweisende Entscheidung. Drittens werden mit der Bestimmung zu überfischten Beständen in der ersten Phase des Übereinkommens Nachhaltigkeitsvorschriften für Subventionen im Hinblick auf die am stärksten gefährdeten Bestände eingeführt. Damit dieses Übereinkommen in Bezug auf die Subventionen bei Überkapazitäten und Überfischung in Kraft treten kann, müssen die Verhandlungen über das UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 14.6 abgeschlossen werden. Die EU ist fest entschlossen, das Übereinkommen sobald wie möglich mit den noch nicht vereinbarten Elementen zu vervollständigen. Ein spezieller Treuhandfonds, der Entwicklungsländern technische Hilfe bei der Umsetzung des Übereinkommens bieten und sie beim Kapazitätsaufbau unterstützen soll, wurde ebenfalls angekündigt.

Reform der WTO

Die Minister verpflichteten sich zu einer umfassenden Reform der WTO, bei der alle Aspekte ihrer Tätigkeit in den Blick genommen werden. Dies dürfte ihre Fähigkeit stärken, als glaubwürdiges Verhandlungsforum zu fungieren und die Entwicklungen im Bereich der globalen Handelspolitik zu überwachen. Entscheidend ist die Verpflichtung, bis spätestens 2024 ein voll funktionsfähiges Streitbeilegungssystem wiederherzustellen. Die Reform der WTO ist eine wesentliche Priorität für die EU, da ihr für die Gewährleistung der Stabilität und die Förderung eines auf Regeln beruhenden Ansatzes beim internationalen Handel entscheidende Bedeutung zukommt. Aus diesem Grund hat die EU bei der WTO-Reform eine führende Rolle gespielt und beabsichtigt, die Gespräche in Genf weiter voranzubringen.

Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

Die Ministerinnen und Minister einigten sich auf eine **Erklärung zur Reaktion der WTO auf die Pandemie und zur Vorbereitung auf künftige Pandemien**, die ihr Bekenntnis zu Transparenz, zu rechtzeitigem und umfassendem Informationsaustausch und zur Zurückhaltung bei der Verhängung von Ausfuhrbeschränkungen bekräftigt. Als Reaktion auf die außergewöhnlichen Umstände der COVID-19-Pandemie einigten sie sich auf Antrag von Entwicklungsländern auf eine Aussetzung bestimmter Verfahrenspflichten aus dem TRIPS-Übereinkommen, die eine rasche Herstellung und Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen ohne Zustimmung des Patentinhabers ermöglicht. Gleichzeitig wird durch das Übereinkommen ein funktionierender Rahmen für das geistige Eigentum aufrechterhalten, der Anreize für Investitionen, Forschung und Technologietransfer bietet. Dieses Umfeld ist für die Entwicklung neuer Impfstoffe und Arzneimittel unerlässlich und dürfte zur Stärkung der Produktionskapazitäten der afrikanischen Länder beitragen.

Ernährungssicherheit und Landwirtschaft

In einer gemeinsamen **Erklärung zur Ernährungssicherheit** verpflichteten sich die WTO-Mitglieder, ungerechtfertigte Ausfuhrbeschränkungen für Lebensmittel zu vermeiden und die Transparenz bei dennoch verhängten Exportbeschränkungen zu erhöhen. Darüber hinaus wurde ein **Beschluss** gefasst, humanitäre Aufkäufe für das Welternährungsprogramm vollständig von Ausfuhrbeschränkungen auszunehmen.

Die Einigung über dieses Paket zeigt, dass die WTO bereit ist, auf die außergewöhnlichen Umstände zu reagieren, mit denen viele Mitglieder angesichts des geringeren Angebots auf den Weltmärkten infolge von Russlands Krieg gegen die Ukraine und seiner Blockade der ukrainischen Getreideausfuhren konfrontiert sind.

Die EU bedauert, dass die Mitglieder nicht in der Lage waren, ihre Differenzen über ein **Arbeitsprogramm für die Landwirtschaft** zu überwinden. Sie ist nach wie vor entschlossen, im Vorfeld der MC 13 ein realistisches, zielgerichtetes und ausgewogenes Ergebnis zu erzielen.

Elektronischer Geschäftsverkehr

Das Moratorium über Zölle auf elektronische Übertragungen (das **e-Commerce-Moratorium**) wurde verlängert, ein wichtiger Gewinn für die Digitalwirtschaft. Die WTO-Mitglieder vereinbarten, die derzeitige Praxis, keine Zölle auf elektronische Übertragungen zu verhängen, bis zur 13. Ministerkonferenz beizubehalten. Sie vereinbarten ferner eine Intensivierung ihrer Anstrengungen im Rahmen des Arbeitsprogramms zum elektronischen Geschäftsverkehr einschließlich der Herausforderungen und Chancen für die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder.

Solidarität mit der Ukraine

In einer **gemeinsamen Erklärung** auf einem von der EU organisierten Treffen im Vorfeld der Eröffnung der Ministertagung äußerten die WTO-Mitglieder ihre tiefe Besorgnis über die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Fähigkeit der Ukraine, Ein- und Ausfuhren zu tätigen, sowie über die umfassenderen Folgen des Krieges für den Welthandel und die globale Ernährungssicherheit. Die Ministerinnen und Minister brachten ferner ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den Marktzugang, einschließlich des Transits, für ukrainische Ausfuhren zu erleichtern. Die EU geht mit gutem Beispiel voran und hat vor Kurzem einen zoll- und kontingentfreien Zugang zum EU-Markt für alle Ausfuhren aus der Ukraine sowie „Solidaritätskorridore", durch die ukrainische Waren auf internationale Märkte gelangen sollen, angekündigt.

Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Klimaschutz

Die EU, Ecuador, Kenia und Neuseeland haben vereinbart, gemeinsam auf eine inklusive **Koalition der Handelsminister für das Klima** hinzuarbeiten und hierfür einen Dialog mit Handelsministern aus verschiedenen Ländergruppen über die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit beim Komplex Handel und Klimaschutz und dessen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit einzuleiten. Dies ist Ausdruck ihres gemeinsamen Einsatzes dafür, den Kampf gegen den Klimawandel in den Mittelpunkt der Handelspolitik zu stellen.

Weitere Informationen

Ausführungen von Exekutiv-Vizepräsident Dombrovskis

IP/22/3792

Kontakt für die Medien:

Miriam GARCIA FERRER (+32 2 299 90 75)
Sophie DIRVEN (+32 2 296 72 28)

Kontakt für die Öffentlichkeit: Europe Direct – telefonisch unter 00 800 67 89 10 11 oder per E-Mail